Saubere Energie sauber produziert

Die Windkraft hat für Deutschlands Energiewende eine große Bedeutung: Während sie 2008 schon 6,6 Prozent des Bruttostromverbrauchs in Deutschland ausmachte, hat sie ein Ausbaupotenzial auf die Hälfte des in Deutschland produzierten Stroms.

Norddeutschland ist Hauptstandort für Windkraftanlagenbauer. Die Branche hat rund 100.000 Jobs in Produktion, Zulieferung, Montage und Wartung von Windenergieanlagen an der norddeutschen Küste geschaffen - Tendenz steigend.

In Bremerhaven gibt es 1.200 Arbeitsplätze in der Windenergie-Branche. Allerdings werden immer wieder Berichte von prekären oder gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen bei den Anlagenherstellern publik. Die notwendige Alternative ist, dass saubere Energie auch unter sauberen Bedingungen produziert wird.

Obwohl umweltfreundlichere Alterna- tiven zur Verfügung standen, hat der Bremische Senat im Juni 2010 gegen den Widerstand von Naturschutzverbänden und der LINKEN den Bau eines Schwerlasthafens im Blexer Bogen, einem Naturschutzgebiet in Bremerhaven, beschlossen.

Infrastruktur für die Windenergiebranche ist nötig. Umweltschädigung für umweltfreundliche Technologien dagegen verkehrt ein gutes Ziel ins Gegenteil. Umweltinteressen dürfen nicht gegen andere Umweltinteressen ausgespielt werden.

Grundversorgung? Ökologisch und sozial!

Energieversorgung ist ein Menschenrecht. Jede/r hat einen Anspruch auf ausreichend Strom, Wärme und Wasser.

Für die bis zu 180.000 von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen in Bremen ist der im Vergleich immer noch teurere Öko-Strom häufig nicht bezahlbar. Jedes Jahr werden in Bremen rund 8.000 Stromanschlüsse wegen Stromschulden abgestellt - meistens von finanziell Benachteiligten. Armut wird so zu Energie-Armut. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit sieht anders aus.

Die Strompreiskalkulation für Atomstrom klammert die hohen Entsorgungskosten aus - diese Lasten werden vergesellschaftet und die Gewinne privatisiert.

Private Unternehmen und Stadtwerke handeln nach Wirtschaftlichkeitskriterien, nicht nach sozialen Maßstäben. Wenn man sich in Bereichen der Grundversorgung auf den Markt verlässt, wird man im Zweifel jedoch selbst verlassen und sitzt im Dunkeln. Rekommunalisierte Betriebe sind besser in der Lage, ökologische, soziale und betriebswirtschaftliche Belange auszutarieren. Versorgungsrelevante Infrastruktur gehört daher in die öffentliche Hand.

Als das niederländische Unternehmen Essent im Jahr 2009 51 Prozent Unternehmensanteile der swb aus kartellrechtlichen Gründen verkaufen musste, hatte Bremen ein Vorkaufsrecht. Der Bremische Senat hat jedoch die Möglichkeit verpasst, die Privatisierung der kommunalen Versorgung von 2000 rückgängig zu machen und hält heute nur noch eine Aktie an der swb AG.

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

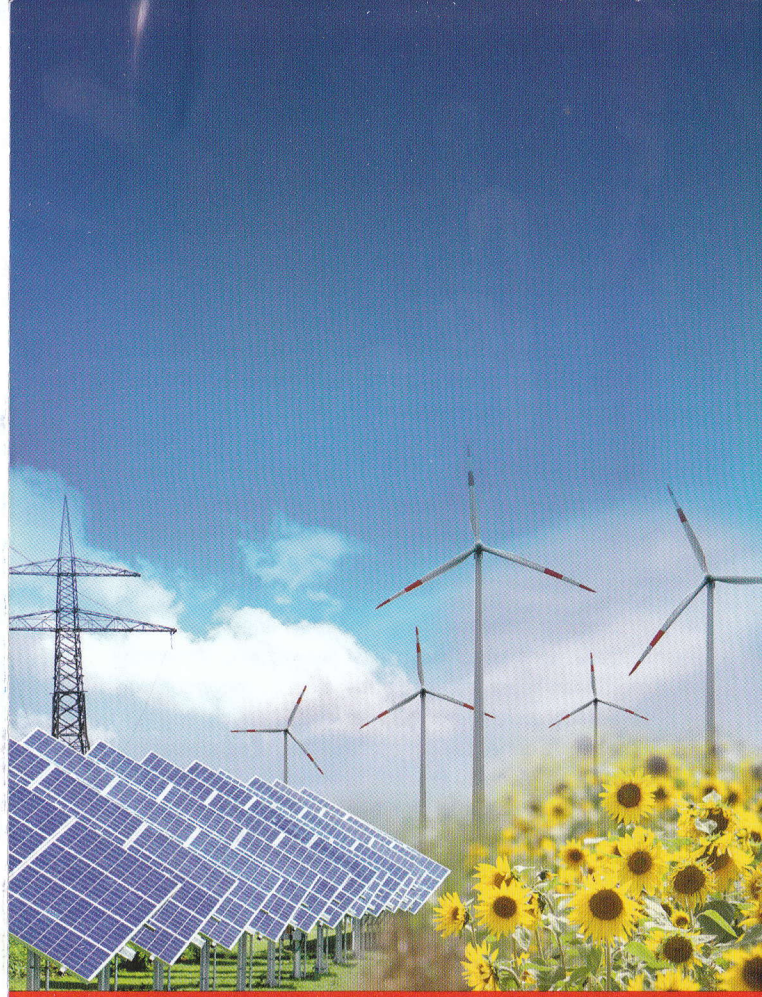
Tiefer 8, 28195 Bremen

E-Mail: mail@linksfraktion-bremen.de
Web: www.linksfraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

Titelbild: © Thaut Images - Fotolia.com
Hintergrundbild Steckdose: © Butch- Fotolia.com
Hintergrundbild Kraftwerk: © Wladimir Wetzel - Fotolia.com

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zu Parteienwerbung und Wahlkampfzwecken verwendet werden.



Bremen ist erneuerbar!

Atomausstieg und kommunale Energieversorgung

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Die Zukunft ist erneuerbar

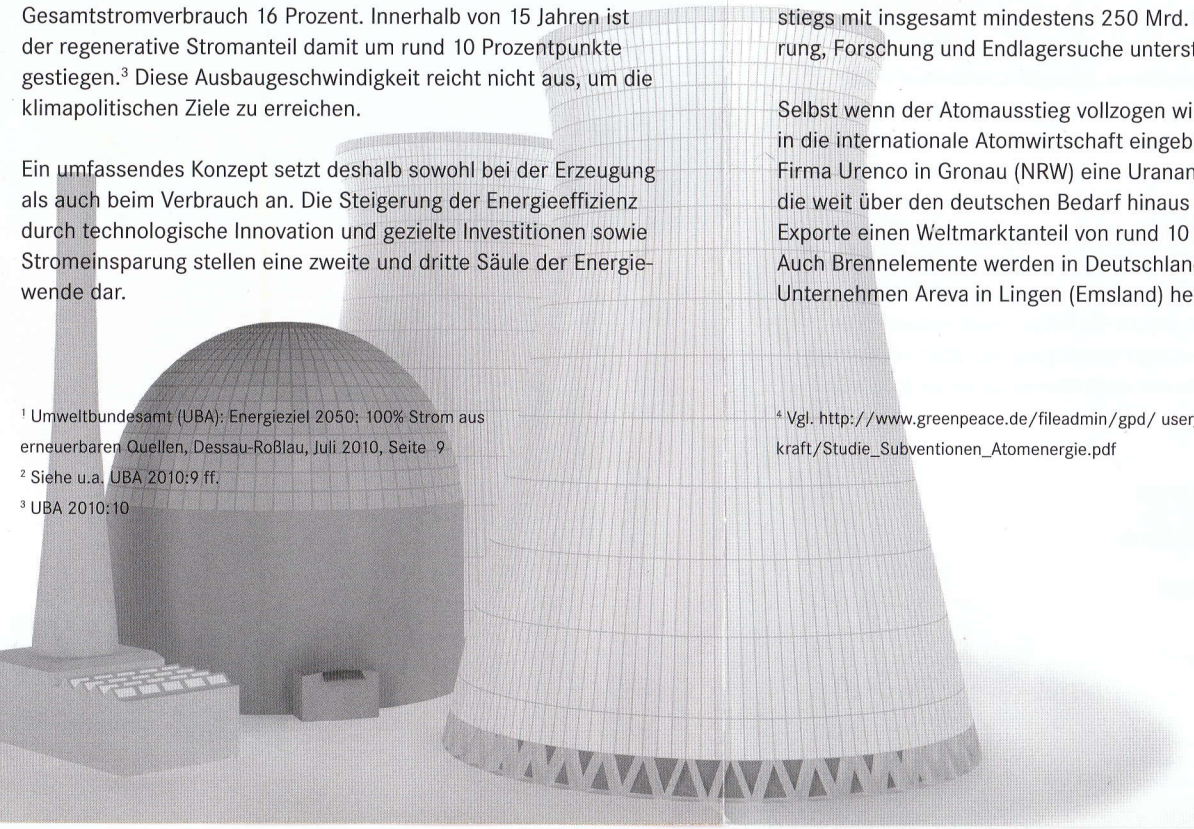
Um einen Klimakollaps zu verhindern, sind sich WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen einig, dass die globale Erderwärmung 2° Celsius nicht übersteigen darf.

Zum Erreichen dieses Ziels sind in allen Ländern enorme Anstrengungen nötig, insbesondere in den Industrienationen, die die Hauptverursacher des Klimawandels sind.

Damit das globale 2-Grad-Limit nicht überschritten wird, muss Deutschland als seinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels die Treibhausgasemissionen von 1990 bis zum Jahr 2050 um 90 Prozent reduzieren.

Der Energiesektor in Deutschland produziert über 80 Prozent der Treibhausgase.[1] Eine Energiewende ist deswegen unausweichlich. ExpertInnen haben aufgezeigt, dass die Stromversorgung bis 2050 ausschließlich durch regenerative Energien möglich ist.[2] 2009 betrug der Anteil der regenerativen Energien am Gesamtstromverbrauch 16 Prozent. Innerhalb von 15 Jahren ist der regenerative Stromanteil damit um rund 10 Prozentpunkte gestiegen.[3] Diese Ausbaugeschwindigkeit reicht nicht aus, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen.

Ein umfassendes Konzept setzt deshalb sowohl bei der Erzeugung als auch beim Verbrauch an. Die Steigerung der Energieeffizienz durch technologische Innovation und gezielte Investitionen sowie Stromeinsparung stellen eine zweite und dritte Säule der Energiewende dar.



[1] Umweltbundesamt (UBA): Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen, Dessau-Roßlau, Juli 2010, Seite 9

[2] Siehe u.a. UBA 2010:9 ff.

[3] UBA 2010:10

Deutschland in der internationalen Atomlandschaft

Die Atomtechnologie ist lebensgefährlich, wie der Super-GAU Tschernobyl gezeigt hat. Auch deutsche Atomkraftwerke (AKW) standen schon kurz vor der Kernschmelze. Atommüll stellt eine Gefahr für viele Generationen dar. So hat beispielsweise Uran 235, welches in den Brennstäben der AKWs enthalten ist, eine Halbwertzeit von 703,8 Mio. Jahren.

Aber auch gegenwärtig ist er ein Problem: Ein geeignetes Endlager für die jährlich 400 Tonnen Atommüll, nur aus deutschen AKWs, ist noch nicht bekannt. Salzstöcke, die lange Zeit als Endlager deklariert wurden, haben sich durch Wassereinbrüche wie in Morsleben und in der Asse II als tickende Zeitbombe herausgestellt. Auch die „Zwischenlagerung" in Sibiriens Steppe scheint keine dauerhafte Lösung zu bieten.

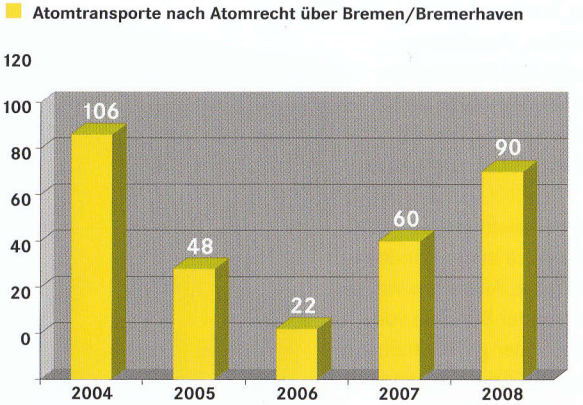
Atomstrom ist weder CO_2-neutral noch effektiv kostengünstiger, wenn man die Folgekosten mit hinzuzieht. Die öffentlichen Haushalte werden die Atomindustrie bei Beibehaltung des Atomausstiegs mit insgesamt mindestens 250 Mrd. Euro für Subventionierung, Forschung und Endlagersuche unterstützt haben.[4]

Selbst wenn der Atomausstieg vollzogen wird, bleibt Deutschland in die internationale Atomwirtschaft eingebunden. So betreibt die Firma Urenco in Gronau (NRW) eine Urananreicherungsanlage, die weit über den deutschen Bedarf hinaus produziert und durch Exporte einen Weltmarktanteil von rund 10 Prozent einnimmt. Auch Brennelemente werden in Deutschland vom französischen Unternehmen Areva in Lingen (Emsland) hergestellt.

[4] Vgl. http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/ user_upload/themen/atomkraft/Studie_Subventionen_Atomenergie.pdf

Bremen als Drehscheibe für Atomtransporte

Die bremischen Häfen sind eine logistische Drehscheibe für die internationale Atomindustrie. Der Senat hat in seiner Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion angegeben, dass über Bremisches Gebiet zwischen 2004 und 2008 326 Transporte nach Atomrecht stattgefunden haben. Wie der Grafik zu entnehmen ist, sind die Transporte seit 2006 kontinuierlich angestiegen.



Dass diese nicht gefahrlos ablaufen, zeigt ein Vorfall im Frühjahr 2010: Trotz gesetzlicher Sicherheitsauflagen wurde am 8. März 2010 auf der A1 in Bremen ein aus Hamburg kommender Transporter mit 15 Tonnen Uranhexaflourid (Rohstoff zur Urananreicherung) gestoppt, weil der Transportbehälter verrostet war.

Keine Kohle

Bremen hat im bundesweiten Ländervergleich hinter dem Saarland den zweithöchsten Kohleanteil in der Nettostromerzeugung.

Die Verstromung von Kohle ist die Hauptquelle für Treibhausgasemissionen des Energiesektors. Der Ausstieg aus fossilen Energien ist ebenso notwendig wie der Ausstieg aus Nuklearenergie. Die Verpressung und Speicherung von Kohlendioxid durch die CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage) ist keine Zwischenlösung, da sie neue Gefahren birgt, extrem teuer ist und den Umstieg auf erneuerbare Energien verlangsamt.